

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Raketenduelle und Gefechte

Seit Mitte Januar häufen sich alarmierende Berichte über militärische Zwischenfälle an der "Line of Control" in Kaschmir, wo sich im Dauerstreit um das frühere Himalaya-Fürstentum die hochgerüsteten Armeen Pakistans und Indiens gegenüberstehen. Die pakistanische Seite meldete zuletzt am 9. März einen Übergriff der indischen Kontrahenten. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums beschuldigte die Gegenseite, im von Pakistan kontrollierten "Azad Kashmir" (Freies Kaschmir) eine Dorfmoschee beschossen und dabei einen neunjährigen Jungen getötet sowie zwölf weitere Zivilisten verletzt zu haben. Indische Soldaten hätten kurz vor dem islamischen Nachmittagsgebet auf die wehlosen Moscheebesucher das Feuer eröffnet, hieß es in der Stellungnahme.

Die jüngste militärische Eskalation im Kaschmirkonflikt erreichte nach mehrwöchigen isolierten Scharmützeln mit gelegentlichen Artillerie- und Raketenduellen ohne spektakuläre Verluste Ende Januar ihren vorläufig kritischsten Höhepunkt, als bei einem indischen Raketenangriff auf das Grenzort Kahuta (nicht zu verwechseln mit dem Kernforschungszentrum gleichen Namens bei Islamabad!) eine Moschee zerstört wurde. In den Ruinen des aufgrund des wichtigen Freitagsgebets vollbesetzten Gebäudes starben dabei 19 Menschen, darunter etliche Kinder. Als dann die Regierung in Delhi einen Tag später aus dem östlichen Bundesstaat Orissa auch noch einen erfolgreichen Test der neuen nuklearwaffenfähigen Kurzstreckenrakete 'Prithvi' meldete, war für das gesamte politische Establishment in Pakistan das Maß voll. In einer seit Amtsantritt der Bhutto-Regierung einmaligen Demonstration nationaler Solidarität und Einigkeit scharten sich in der Stunde der Not selbst Oppositionschef Nawaz Sharif und Islamistenführer Qazi Hussain Ahmed zumindest für einige Tage um die bedrängte Premierministerin. Sogar der völlig zertrümmerte Senat schaffte es, eine gemeinsame Resolution zur Verurteilung der indischen Attacke zu verabschieden - eine Premiere in der laufenden Sitzungsperiode.

Mit einer gut abgestimmten massiven Kampagne wurde auch die Öffentlichkeit auf die Möglichkeit eines Waffengangs mit Indien vorbereitet. Über meh-

rere Tage hinweg, als an mindestens elf Frontabschnitten anhaltende heftige Gefechte zwischen Truppenverbänden beider Länder gemeldet wurden, schienen sich die schlimmsten Befürchtungen vor einer Ausweitung der militärischen Auseinandersetzungen zu einem offenen Krieg zu bestätigen. In dieser gefährlichen Situation bewährte sich einmal mehr das als Kommunikationsverbindung in Krisenzeiten gedachte "Rote Telefon", das schon vor Jahren als vertrauensbildende Maßnahme zwischen den militärischen Führungsstäben Indiens und Pakistans etabliert wurde. Ein so am 30. Januar an der Waffenstillstandslinie vereinbartes Treffen hoher Offiziere verlief so positiv, daß Präsident Farooq Leghari am folgenden Tag im Rahmen einer öffentlichen Ansprache offiziell Entwarnung gab und die Kriegsgefahr als gebannt bezeichnete. Islamabad wechselte daraufhin nach dem wochenlangen rhetorischen Kriegsgetöse in auffälliger Weise die Tonart und übte sich fortan in Stellungnahmen zu den Vorgängen in Kaschmir im Interesse der Entspannung in blumigen Beschönigungen. So verkümmerte die Umschreibung der indisch-pakistanischen Grenzgefechte nach der neuen Sprachregelung vom "blutigen Gemetzel" zum harmlosen "Routinegeplänkel".

In der Folge verlagerten sich die Spannungen zwischen beiden Ländern vom Schlachtfeld zurück auf das diplomatische Parkett. Neben den gegenseitigen Vorwürfen, Atomtests vorzubereiten (siehe unten), ging es dabei vor allem um die bevorstehende Stationierung neuer kernwaffenfähiger Kurzstreckenraketen in Indien und Pakistan. Im Vorfeld der sich abzeichnenden neuen Runde des Rüstungswettlaufs in Süd-asien versucht Indien Pakistan wegen des Besitzes chinesischer Mittelstreckenraketen vom Typ M-11 an den Pranger zu stellen, da dies ein eindeutiger Verstoß gegen die Bestimmungen des "Raketentechnologie-Kontrollregimes" (MTCR) wäre und US-Sanktionen nach sich ziehen könnte. Im Gegenzug müht sich Islamabad nach Kräften, um auf eventuelle indische Stationierungspläne von Prithvi-Raketen entlang der pakistanisch-indischen Grenze und damit entstehende Sicherheitslücken aufmerksam zu machen. Allerdings besitzt Pakistan in diesem Streit die schwächeren Argumente, da die Prithvi von Indien selbst entwickelt wurde, und damit nicht unter

die Beschränkungen des MTCR-Vertrags fällt.

Spekulationen um pakistanischen Atomwaffentest

Pakistan plant nach einem Bericht der 'Washington Post' seinen ersten Atomwaffenversuch. Unter Berufung auf US-Geheimdienstinformationen berichtete das Blatt am 6. März, Satellitenaufnahmen zeigten an einem Berg in der Südwestprovinz Balutschistan im Grenzgebiet zu Afghanistan umfangreiche Grabungsarbeiten für ein unterirdisches Schachtsystem, das als Versuchsgelände für die Zündung einer Atombombe geeignet wäre. Obendrein entstehen die verdächtigen Stollen mitten in einem beliebten Manövergebiet der Armee, das unter westlichen Sicherheitsexperten schon lange als mögliches Atomwaffenlager gehandelt wird. Den Verdacht erhärten zudem Äußerungen des pakistanischen Vertreters bei den internationalen Verhandlungen über einen umfassenden Atomteststopp in Genf, Munir Akram, der im Februar mit "angemessenen Gegenmaßnahmen" gedroht hatte, falls Indien einen Atomwaffentest durchführt oder neue Raketen stationiert, die mit Nuklearsprengköpfen ausgerüstet werden können. Damit spielte Akram auf die Ende letzten Jahres von amerikanischen Spionagesatelliten beobachteten indischen Atomtestvorbereitungen in einem Versuchsgelände in Rajasthan an. Der 'Washington Post' zufolge warnte die US-Regierung inoffiziell die beiden Kontrahenten Pakistan und Indien unter Androhung von Wirtschafts- und Militärsanktionen vor Atomtests.

Premierministerin Benazir Bhutto reagierte auf die amerikanischen Vorwürfe am 10. März vor der versammelten Presse mit einem Dementi: Pakistan werde nur dann einen Atomtest unternehmen, wenn die Sicherheit und das Überleben des Landes bedroht seien. "Gegenwärtig sind wir nicht der Meinung, daß es eine solche Bedrohung für Pakistans Sicherheit gibt", betonte die Regierungschefin. Interessanterweise nahm Bhutto bei dieser Gelegenheit auch das Nachbarland Indien in Schutz: Sie selbst glaube nicht, daß Indien einen zweiten Nukleartest durchführen werde; Berichte, nach denen Indien einen derartigen Versuch vorbereite, könnten amerikanische Wahlkampfpropaganda sein,

ließ die Politikerin wissen. Gleichzeitig wies Bhutto erneut amerikanische Geheimdienstberichte über chinesische Lieferungen technischer Zusatzausrüstung für Urananreicherungsanlagen zur Produktion atomwaffenfähigen Plutoniums zurück. Die 'Washington Post' berichtete dazu am 8. Februar, daß es sich dabei um eine Sendung von 5.000 Spezialmagneten an das pakistanische Atomforschungszentrum in Kahuta gehandelt habe, die zur Aufrüstung der dortigen Hochgeschwindigkeitszentrifuge bestimmt seien. Bhutto bot zur Entkräftung des Verdachts eine Untersuchung an, sofern die USA die vorliegenden Informationen zur Verfügung stellen.

London weist Diplomaten aus

Großbritannien hat am 12. Februar im Zusammenhang mit einem Fall von Atomschmuggel einen Angehörigen der pakistanischen Botschaft in London ausgewiesen. In einer von Nachrichtenagenturen verbreiteten Erklärung des britischen Innenministeriums hieß es dazu, die Anwesenheit des Mannes schade dem Land. Aus britischen Regierungskreisen verlautete ergänzend, der pakistanische Diplomat stelle aufgrund seiner Verwicklung "in die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen" eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar. Anfang Februar hatte die schwedische Zeitung 'Svenska Dagbladet' berichtet, der britische Zoll habe auf dem Londoner Flughafen Heathrow Lasermeßgeräte einer schwedischen Firma beschlagnahmt, die im Verdacht stehe, Material für das pakistanische Atomwaffenprogramm zu liefern.

Volles Wahlrecht für Nicht-Muslime geplant

Per Kabinettsbeschluß hat sich die Koalitionsregierung von Premierministerin Bhutto darauf verständigt, die religiösen Minderheiten bei den nächsten Parlamentswahlen wahlrechtlich der muslimischen Bevölkerungsmehrheit gleichzustellen. Damit folgte die Ministerrunde der kürzlich vorgelegten Empfehlung eines Sonderausschusses für Wahlrechtsreformen. Erstmals in der pakistanischen Geschichte wird mit diesem Schritt Christen und Hindus in Aussicht gestellt, beim nächsten Urnengang auch muslimische Kandidaten wählen zu dürfen. Bisher zwang ein auf religiösen Kriterien basierendes separates Wahlrecht Nicht-Muslime dazu, einem der wenigen kandidierenden Minderheitsvertreter eigenen Glaubens die Stimme zu geben.

Pakistanische Menschen- und Bürgerrechtsgruppen begrüßten die geplante

Wahlrechtsreform als längst überfällige Stärkung der Demokratie. I.A. Rehman, Direktor der unabhängigen 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRC), lobte die Entscheidung in einer ersten Stellungnahme als "mutigen und engagierten Schritt" und als "erstes Zeichen dafür, daß es die Regierung mit der Gleichberechtigung der Minderheiten ernst meint." Auch Joseph Francis, Generalsekretär der 'Pakistan Christian National Party' begrüßte den Kabinettsbeschluß gegenüber der pakistanischen Presse. Erstmals sei es jetzt möglich, als Wähler auf muslimische Kandidaten Einfluß auszuüben, meinte der Politiker. Nach wie vor sei zwar nicht daran zu denken, über die weiterhin für Minderheiten reservierten Sitze hinaus Mandate zu gewinnen. Politiker müßten sich jedoch nun verstärkt um die religiösen Minderheiten bemühen, vor allem in Wahlkreisen mit unklaren Mehrheitsverhältnissen, wo deren Stimme den Ausschlag geben könnte.

Aus den Reihen der Opposition hingegen meldete sich Protest: Die 'Pakistan Muslim League' (PML) von Ex-Premier Nawaz Sharif brandmarkte die Initiative als Versuch der regierenden 'Pakistan Peoples Party' (PPP), das Ergebnis der nächsten Wahlen zu manipulieren. Die im Dachverband 'Milli Yakjehti Council' organisierten islamistischen Parteien kündigten aus religiösen Gründen entschlossenen Widerstand an.

Derzeit beträgt der Anteil der Nicht-Muslime an der rund 132 Millionen Einwohner zählenden Gesamtbevölkerung Pakistans nach vorsichtigen Schätzungen etwa 3,5 Prozent, wobei Christen und Hindus jeweils knapp die Hälfte stellen. Von den 217 Sitzen der Nationalversammlung sind gegenwärtig jeweils vier für Repräsentanten von Christen und Hindus vorbehalten sowie zwei weitere für alle übrigen religiösen Minderheiten wie Ahmadi, Parsen oder Sikhs. Auf der Ebene der Landesparlamente bleiben in den Provinzen Sindh neun, im Punjab acht und in der NWFP und in Balutschistan jeweils ein Mandat für Minderheitsvertreter reserviert.

Menschenrechtler beklagen seit Jahren diese Trennung zwischen regulären Parlamentariern und einigen wenigen Minderheitsabgeordneten, da dies ihrer Ansicht nach dazu beigetragen habe, die nicht-muslimischen Bevölkerungsgruppen zu marginalisieren. Tatsächlich gelang es Politikern der Minderheiten nur in den seltensten Fällen, sich für ihre Anliegen im Parlament oder in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Die großen Parteien dagegen zeigten in der Vergangenheit keinerlei Motivation, sich um die Belange der Minderheiten zu kümmern, da sie als Wähler nicht infrage kamen. Angesichts der Übermacht

der muslimischen Parteien in den Volksvertretungen ist es daher nicht verwunderlich, daß seit dem in Kraft treten des separaten Wahlrechts in keinem der pakistanischen Parlamente auch nur ein einziges Gesetz oder zumindest eine Resolution zum Schutz von Minderheiten verabschiedet wurde.

Von dem verbesserten Wahlrecht erhoffen sich die Vertreter der Minderheiten auch einen Rückgang der von Menschenrechtsgruppen in aller Welt heftig kritisierten Blasphemie-Prozesse gegen Angehörige der nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften, die in den letzten Jahren in mehreren Fällen mit Todesstrafen endeten. Als juristische Grundlage für diese Prozeßserie dienten die sogenannten Blasphemie-Gesetze - ein Erbe der Ära Zia-ul Haq -, die für Gotteslästerung, Beleidigung islamischer Symbole und Verunglimpfung des Propheten Mohammed schwerste Strafen vorschreiben, was kleine islamistische Parteien zu einer Allzweckwaffe vor allem gegen Ahmadi und Christen umfunktionierten.

Dieselben Parteien kündigten jetzt auch gegen die von der Regierung geplante Wahlrechtsänderung totalen Widerstand an. Gelegenheit dazu gibt es aufgrund des Umstands, daß zu einer dauerhaften Wahlrechtsreform eine Verfassungsänderung nötig wäre, der mindestens zwei Drittel der Abgeordneten der Nationalversammlung zustimmen müßten. Da eine solch breite Mehrheit für das Projekt nicht in Sicht ist, bleibt der Bhutto-Regierung nur ein Ausweg, um zumindest ein zeitlich befristetes allgemeines Wahlrecht durchzusetzen: Laut Verfassung muß ein Dekret des Präsidenten erst vier Monate nach seiner Verkündung vom Parlament bestätigt werden. Bei entsprechendem Timing wäre es also auch ohne Zustimmung des Parlaments durchaus möglich, das Vorhaben zu realisieren.

Sicherheitsabkommen mit Ägypten

Pakistan und Ägypten haben am 9. März in Kairo im Rahmen eines viertägigen Besuchs des pakistanischen Innenministers Naseerullah Babar ein Abkommen unterzeichnet, das die Zusammenarbeit bei der Verfolgung militanter Islamisten verbessern soll. Nach Agenturmeldungen zielen die vereinbarten Maßnahmen in erster Linie darauf ab, Terroristen das Reisen zwischen beiden Ländern zu erschweren. Außerdem sieht der Vertrag nach diesen Informationen gemeinsame Schritte zur Bekämpfung des Drogenhandels und gegen die Verbreitung von Falschgeld vor. Weitere Einzelheiten wurden nicht bekannt. Beobachter werten die Vereinbarungen als Ergänzung eines 1994 von Kairo und

Islamabad unterzeichneten bilateralen Auslieferungsabkommen und als Signal der Entschlossenheit an die Adresse der islamistischen Terrorszene in beiden Ländern. Hintergrund: Am 19. November letzten Jahres verübte in Islamabad ein zweiköpfiges Selbstmordkommando ägyptischer Afghanistanveteranen auf die Botschaft Ägyptens einen Sprengstoffanschlag mit 18 Toten und 60 Verletzten. Militante Gruppierungen drohten nach dem Attentat unter Protest gegen die in jüngster Zeit zwischen beiden Ländern praktizierten Abschiebungen gesuchter islamistischer Terroristen mit weiteren Racheakten dieser Art, falls diese Politik fortgesetzt werde.

Bhutto in Indonesien

Im Rahmen eines dreitägigen Indonesien-Besuchs an der Spitze einer 80köpfigen Delegation führender paki-

stanischer Unternehmer hat Premierministerin Benazir Bhutto am 8. März mit ihrem Amtskollegen Suharto ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit beider Staaten unterschrieben. Außerdem kam ein Kaufvertrag von 15 indonesischen Propellerflugzeugen des Typs N-250 zustande.

Finanzspritze aus Deutschland

Die Bundesregierung hat Pakistan für 1996 im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) beider Länder Darlehen und Finanzierungshilfen in Höhe von insgesamt 120 Millionen DM bewilligt. Dies geht aus einem entsprechenden am 11. März im Bonner Bundesgesetzblatt veröffentlichten Regierungsabkommen hervor. Die FZ-Geldspritze der 'Kreditanstalt für Wiederaufbau' (KfW) verteilt sich demnach auf fünf Projekte.

Der größte Teilbetrag von 60 Millionen DM fließt in das kürzlich auch vom Hauptsponsor Weltbank abgesegnete Indus-Wasserkraftwerk von Ghazi Barotha, das nordwestlich von Islamabad entstehen soll (siehe dazu Beitrag in diesem Heft). Mit weiteren 15 Millionen Mark fördert die KfW das Bauvorhaben eines Gasturbinenkraftwerks bei Kot Addu am mittleren Indus. Ein Finanzierungsbeitrag von 20 Millionen Mark unterstützt ein Gesundheitsprogramm in den "Northern Areas". Als zweckgebundene Warenhilfe zum Import von Düngemitteln aus Deutschland sind 25 Millionen vorgesehen. Die letzten fünf Millionen fließen unter der Federführung der "Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft" (DEG) als "beteiligungähnliches Darlehen" an die in Peshawar ansässige "Bank of Khyber".

Prominente Journalistin gestorben

Razia Bhatti, Chefredakteurin des englischsprachigen Nachrichtenmagazins 'Newline' und eine der besten und streitbarsten Journalistinnen Pakistans, ist tot. Sie erlag nach ersten Informationen völlig unerwartet am 13. März den Folgen eines Gehirnschlags. Damit verliert vor allem Razia Bhattis krisengeschüttelte Heimatstadt Karachi eine mutige, unbestechliche Stimme, wie zahllose Leitartikel zu den Vorgängen in der gewaltgeplagten Wirtschaftsmetropole beweisen. Auch das letzte Editorial von Razia Bhatti, das in der Februar Ausgabe von 'Newline' erschien und das 'Südasiens' nachfolgend in einer Übersetzung abdruckt, beschäftigt sich mit der Situation in Karachi, dem derzeit brisantesten innenpolitischen Krisenherd Pakistans:

Wenn das Blutvergießen in Karachi irgend etwas überzeugend beweist, dann die Lehre, daß Gewalt immer ihren Preis fordert. Die 'Mohajir Quami Movement' (MQM), die nun im Herbst ihrer Politik des Terrors die einst gesäten Früchte erntet, mußte die zwingende Gesetzmäßigkeit dieser Wahrheit inzwischen anerkennen. Doch die Bhutto-Regierung, die anscheinend unfähig ist, aus eigenen oder fremden Erfahrungen zu lernen, sieht offensichtlich die Lösung für Karachis Gewalt in noch mehr Gewalt.

Entsprechend besitzen die Sicherheitskräfte in Karachi, man muß es so drastisch formulieren, inzwischen die Lizenz zum Töten. In den letzten sechs Monaten starben mehr als 100 Menschen bei Verhaftungsaktionen und durch Folter in Polizeigewahrsam. Der vor kurzem von HRCF ('Human Rights Commission of Pakistan') vorgelegte Menschenrechtsbericht für 1995 deckt auf, daß von den 2.137 im letzten Jahr in Karachi getöteten Bürgern mehr als die Hälfte durch Übergriffe der Sicherheitskräfte starben, die meisten bei angeblichen Schießereien mit der Polizei; 260 weitere verloren ihr Leben in Polizeizellen. Die Behauptung der Regierung, daß die Opfer nach bewaffnetem Widerstand gegen die Polizei getötet wurden, ist genauso glaubwürdig, wie ihre das ganze letzte Jahr über wiederholten Behauptungen, daß die Situation in Karachi normal sei. Auf die Proteste der Presse und von Menschenrechtsaktivisten über die extra-legalen Hinrichtungen reagierte die Premierministerin mit dem Hinweis auf die von den Kritikern nicht zur Kenntnis genommenen

Morde der Terroristen an unschuldigen Menschen. Wenn Frau Bhutto nicht so sehr von ihrer fixen Idee besessen gewesen wäre, daß es in Karachi keine Probleme gibt, hätte sie vielleicht vor über einem Jahr die Berichte über die Gewalt in Karachi gelesen.

Ein zivilisierter Staat darf seinen Polizisten nicht erlauben, als Ankläger, Richter und Vollstrecker in einer Person aufzutreten. Genau dies aber ist heute in Karachi an der Tagesordnung. Extra-legale Hinrichtungen durch die Polizei ist im Kampf der Regierung gegen den Terrorismus zur bevorzugten Methode geworden. Bei der Fahndung nach Verdächtigen wurden zahlreiche Personen getötet, verhaftet und gefoltert. Überhaupt ähnelt die Polizei im Verlauf ihrer Anti-Terror-Kampagne immer mehr jenen Terroristen, die sie eigentlich bekämpfen will, wenn sie, wie kürzlich wieder geschehen, rücksichtslos Menschen mit Gewehrsalven niedermäht.

Die extra-legalen Hinrichtungen schaffen übrigens einen gefährlichen Präzedenzfall. Wenn selbst Angehörige der Sicherheitskräfte das Gesetz brechen, kann man von einem gewöhnlichen Bürger nicht erwarten oder verlangen, daß er darauf verzichtet, das Gesetz selbst in die Hand zu nehmen. Auch wenn die Reihen der Militanten gelichtet wurden, könnten die langfristigen Konsequenzen der tödlichen Salven der Regierung für sie selbst fast ebenso fatal sein, wie für die Terroristen. Niemand, der erlebt hat, wie ein unschuldiger Sohn, die Eltern oder Geschwister von Polizisten erschossen wird, kann dies jemals vergessen.

Vielleicht werden MQM und Regierung doch noch akzeptieren, daß es keine Alternative zum Dialog gibt. Die MQM sollte spätestens jetzt die Sinnlosigkeit ihrer Politik der Gewalt erkannt haben. Ihr Führer lebt im Londoner Exil, die meisten der militanten Kader sind tot, sitzen im Gefängnis, oder fristen ein Dasein im Untergrund und der Rückhalt in der Bevölkerung ist erheblich erschüttert. Doch auch das selbstgefällige Wohlbehagen der Regierung über den Triumph gegen die Militanten dürfte schon bald verfliegen. Ohne einen Friedensprozeß, der die MQM als anerkannte politische Kraft rehabilitiert, könnte sich die Gewalt, die die Stadt oberflächlich zur Ruhe gebracht hat, schon bald mit Gegen Gewalt weiter fortsetzen.

(Übersetzung von Jorge Scholz)